

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **20.02.2017** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hannoverschen Tor 1,

18.WP/A-HFV/004

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 18:35 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:35 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 18:35 Uhr

---

**Anwesend:    Vorsitzender**

Sund, Björn

**Mitglied/Mitglieder**

Braun, Hartmut  
Dreeskornfeld, Thomas  
Fleischmann, Michael  
Hinz, Gerald  
Kirstein, Lukas  
Pollehn, Armin  
Schulz, Kurt-Ulrich  
Wichmann, Christiane

**Beratende/s Mitglied/er**

Rainer, Joachim-Roland  
Waldeck, Jürgen

**Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

**Verwaltung**

Gawert, Ulrike  
Hammermeister, Lars  
Voutta, Jens

**TAGESORDNUNG**

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 28.11.2016
- 2.1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 05.12.2016

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 3.1. Mitteilung - 3. Finanzbericht 2016  
Vorlage: 2017 0125
  - 3.2. Mitteilung - Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017  
Vorlage: 2017 0131
4. Raumkonzept Rathäuser  
Vorlage: 2017 0159
5. Prüfung der Zuschüsse an den VVV durch RPA der Stadt Burgdorf  
- Antrag der Fraktion 'Die Linke' vom 05.02.2017  
Vorlage: 2017 0153
6. 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung  
Vorlage: 2017 0158
7. Anfragen laut Geschäftsordnung
8. Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

#### Öffentlicher Teil

##### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Herr Sund** eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der diesem Protokoll vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

##### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 28.11.2016**

---

Das Protokoll über die Sitzung vom 28.11.2016 wurde bei 1 Enthaltung genehmigt.

##### **2.1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 05.12.2016**

---

Das Protokoll über die Sitzung am 05.12.2016 wurde bei 1 Enthaltung genehmigt.

### 3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

#### 3.1. **Mitteilung - 3. Finanzbericht 2016** **Vorlage: 2017 0125**

---

**Herr Hinz** wies auf die Entwicklung des Ergebnishaushalts auf Seite 11 hin. Er gehe davon aus, dass sich das dort prognostizierte Ergebnis voraussichtlich auch so ergeben werde. Damit habe die Stadt die Abschreibungen im abgelaufenen Haushaltsjahr verdient. Er errechne im Durchschnitt der letzten Jahre ein strukturelles Defizit von ‚lediglich‘ 317.000 €.

**Herr Pollehn** äußerte, dass die Einnahmen – vor allem im Bereich der Gewerbesteuer - von 2010 bis heute stetig gestiegen seien und die Stadt von der guten Lage in Deutschland profitiere. Trotzdem sollte aber für künftige Haushalte vorgesorgt werden. Bei hohen Investitionen würde der Haushalt nicht nur mit Abschreibungen, sondern auch mit Zinsen und Tilgung belastet werden.

**Herr Baxmann** ergänzte, dass es nicht möglich sei, auf Dauer die Investitionen zu verdienen. Das Schaffen von neuen Vermögenswerten ziehe auch immer entsprechende Abschreibungen im Ergebnishaushalt nach sich. Von daher sei es notwendig, entsprechende Überschüsse zu erwirtschaften.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Hammermeister** darauf hin, dass sich die Abschreibungsdauer für Gebäude ab 01.01.2017 von 90 auf 50 Jahre reduziert habe, was bei Neubauten künftig höhere Abschreibungen nach sich ziehen werde.

#### 3.2. **Mitteilung - Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017** **Vorlage: 2017 0131**

---

Ergänzende Fragen wurden nicht gestellt.

### 4. **Raumkonzept Rathäuser** **Vorlage: 2017 0159**

---

**Herr Hinz** erklärte für die SPD-Fraktion, dass aus seiner Sicht der notwendige räumliche Bedarf in der Vorlage plausibel dargestellt sei. Die hier vorgestellte Lösung könne so akzeptiert werden.

**Herr Schulz** wies darauf hin, dass sich die Raumsituation gegenüber früher bereits verbessert habe, aber der Bedarf trotz allem gestiegen sei. Er fragte nach, ob dann die Überlegungen zum Bau eines neuen Rathauses vorerst ‚ad acta‘ gelegt werden könnten.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass die in der Vorlage genannte Lösung

eine Variante sei, die Politik aber anders entscheiden könne. Der Vorschlag der Verwaltung sei als Überbrückung für den notwendigen Raumbedarf gedacht.

**Herr Pollehn** wies für die CDU-Fraktion darauf hin, dass diese heute nicht über einen Neubau entscheiden würde, diesen aber für die Zukunft nicht ausschließen könne.

Er bat darum, der Politik eine Aufstellung über die bisher vorhandenen Unterlagen und Pläne eines evtl. Neubaus bzw. der Überlegungen hierzu zukommen zu lassen.

Von **Herrn Braun** wurde die Frage nach dem zeitlichen Ablauf der Anmietung gestellt.

Hierzu wurde von **Herrn Baxmann** darauf hingewiesen, dass nach Zustimmung zu der Vorlage erst konkrete Verhandlungen mit der Vermieterin geführt werden könnten. Danach könne erst ein Zeitplan bis zur Anmietung der Räumlichkeiten aufgestellt werden.

Anschließend erging folgender einstimmiger

#### **Beschlussvorschlag:**

**Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Vertrag über zusätzlichen Büroraum einschließlich notwendiger Nebenräume in der unmittelbaren Nähe zum Rathaus IV zu verhandeln. Die Mietkonditionen sollen sich dabei an den Mietkonditionen für das Rathaus IV orientieren.**

#### **5. Prüfung der Zuschüsse an den VVV durch RPA der Stadt Burgdorf - Antrag der Fraktion 'Die Linke' vom 05.02.2017 Vorlage: 2017 0153**

---

**Herr Fleischmann** erläuterte seinen Antrag und wies darauf hin, dass es darum gehe, die an den VVV ausgezahlten Beträge in Höhe von 80.000 € prüfen zu lassen, die bisher nicht durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt geprüft werden.

**Herr Baxmann** verteilte entsprechende Unterlagen, die er anschließend verlas (Anlage 1 zum Protokoll). Er wies darauf hin, dass lediglich der Mitgliedsbeitrag – der ja nicht zweckgebunden sei – sowie ein nicht zweckgebundener, von der Politik beschlossener, Zuschuss in Höhe von 6.400,00 € nicht durch die Fachabteilung und das Rechnungsprüfungsamt geprüft werde.

**Herr Fleischmann** erklärte, dass es schlicht gelogen sei, dass die dem VVV zur Verfügung gestellten 80.000 € geprüft seien und sprach hier von einem Vertuschungsversuch. Von Herrn Voutta – Leiter des Rechnungsprüfungsamtes – sei ihm telefonisch die Auskunft gegeben worden, dass eine Prüfung der 80.000 € durch ihn nicht erfolge.

Dieses wurde von **Herrn Voutta** zurückgewiesen. Er habe Herrn Fleischmann die Auskunft erteilt, welche Bereiche er prüfe. Lediglich der von Herrn Baxmann erwähnte Mitgliedsbeitrag sowie der nicht zweckgebundene Zu-

schuss werden nicht geprüft.

**Herr Baxmann** wies darauf hin, dass zusätzlich zu den von ihm erwähnten Beträgen noch rd. 17.000 bis 18.000 € für interne Verrechnungen wie Platzvergabe, Aufbauten und Absperrungen durch den Bauhof u.ä. anfielen, die im Hause entsprechend verrechnet werden. Hier erfolge keine Auszahlung an den VVV. Somit entspräche der Gesamtbetrag einschl. dieser Aufwendungen dem von Herrn Fleischmann angesprochenen Betrag von 80.000 €. Weitere Zahlungen würden an den VVV nicht fließen, so dass die Behauptung der ungeprüften Beträge nicht zutreffe.

Die Ausschussmitglieder forderten Herrn Fleischmann auf, seinen Antrag zurückzuziehen – der lehnte dies jedoch ab.

Bei 1 Jastimme, 1 Enthaltung und 7 Neinstimmen wurde der Antrag abgelehnt.

**6. 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung  
Vorlage: 2017 0158**

---

Mit 1 Enthaltung und 8 Jastimmen fasste der Ausschuss folgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, die als Anlage 4 der Vorlage Nr. 2017 0158 sowie der Originalniederschrift als Anlage beige-fügte**

**9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf**

**zu erlassen.**

**7. Anfragen laut Geschäftsordnung**

---

K e i n e

**8. Anregungen an die Verwaltung**

---

**Herr Fleischmann** erkundigte sich nach dem Auf- und Abbau der Schilder an der Brücke Eseringer Straße / Aue. Er wurde in dieser Angelegenheit an die zuständige Fachabteilung bzw. den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr verwiesen.

**Herr Pollehn** regte an, gemeinsam mit Vertretern der Politik und Verwaltung einen Besuch auf der CEBIT zu organisieren, um sich über die Digitalisierung der Prozesse für die Verwaltung zu informieren.

**Herr Baxmann** wies darauf hin, dass es sich hier um originäre Aufgaben

der Verwaltung handele und das Einbinden der Politik zu Problemen führen könne.

**Herr Sund** bat darum, den Ausschussmitgliedern den aktuellen Sachstand zur momentanen Nutzung digitaler Prozesse innerhalb der Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

*Hinweis über Protokoll:*

*S. Vorlage 2016 1190 (als Anlage 2 dem Protokoll beigelegt).*

### **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer